

Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.05.2017

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:30 Uhr
Ende:	19:00 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Möller
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 06.04.2017	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Dringliche Informationsaufforderung - Sanierungsmiss- stände und Sperrung des Außenbereichs der Katholischen Kindertageseinrichtung "St. Marien BE: Herr Kordon, Fraktion CDU hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	0894/17

- 4.2. Dringliche Informationsaufforderung - Potenzielle Gefährdung durch bauliche Maßnahmen in unmittelbarer Nähe des Pergamentkindergartens
BE: Herr Kordon, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften **0921/17**
5. Einwohnerfragestunde
6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. Änderung in der Besetzung des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung **0725/17**
BE: Herr Uhlig, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
- 6.2. Änderung stellvertretendes Mitglied Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung **0746/17**
BE: Vertreter staatliches Schulamt Mittelthüringen
- 6.3. Gründung eines zeitweiligen Unterausschusses "Hilfen zur Erziehung" **0788/17**
BE: Herr Uhlig, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
- 6.4. Trägerschaft "Aufbau und Begleitung einer Beteiligungsstruktur" gemäß Kinder- und Jugendförderplan 2017 - 2021 **0791/17**
BE: Frau Zachow, Vorsitzende des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
- 6.4.1. Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0791/17 Trägerschaft "Aufbau und Begleitung einer Beteiligungsstruktur" gemäß Kinder- und Jugendförderplan 2017 - 2021 **0830/17**
BE: Oberbürgermeister
- 6.5. Regelung zur Umsetzung der FRLJHEF-P für die schulbezogene Jugendarbeit **0792/17**
BE: Frau Zachow, Vorsitzende des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

- 7. Festlegungen des Ausschusses
- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.04.2017 zur DS 0219/17 - Nachtragshaushalt 2015 - hier: Nachfragen
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **0711/17**
- 8. Informationen

I. Öffentlicher Teil

**Drucksachen-
Nummer**

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es waren 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Möller begrüßte alle Mitglieder und Gäste des Ausschusses.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, informierte über folgende Änderungen zur Tagesordnung und ließ über deren Dringlichkeit abstimmen:

1. DS 0894/17 – Dringliche Informationsaufforderung – Sanierungsmisstände und Sperrung des Außenbereichs der katholischen Kindertageseinrichtung "St. Marien"

Die Dringlichkeit wurde einstimmig bestätigt und die Vorlage als Tagesordnungspunkt 4.1. beraten.

2. DS 0921/17 – Dringliche Informationsaufforderung – Potenzielle Gefährdung durch bauliche Maßnahmen in unmittelbarer Nähe des Pergamenterkindergartens.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig bestätigt und die Vorlage als Tagesordnungspunkt 4.2. beraten.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 06.04.2017

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

genehmigt Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

- 4.1. Dringliche Informationsaufforderung - Sanierungsmissstände und Sperrung des Außenbereichs der Katholischen Kindertageseinrichtung "St. Marien" 0894/17
BE: Herr Kordon, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Siehe TOP 2 – Änderungen zur Tagesordnung

Die Drucksache sowie eine Stellungnahme der Verwaltung wurden als Tischvorlage verteilt.

Herr Kordon bedankte sich für die Stellungnahme der Verwaltung und erkundigte sich nach geplanten Maßnahmen, um die Missstände in Bezug auf die Sperrung des Außenbereichs der katholischen Kindertageseinrichtung "St. Marien" zu beheben.

Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, nahm zu den Fragen von Herrn Kordon Stellung und wies darauf hin, dass die Stadt weder Träger der Einrichtung noch Eigentümer des Grundstückes oder Gebäudes ist und daher keine konkreten Maßnahmen einleiten kann. Diese liegen in der Verantwortlichkeit des Trägers.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, verwies auf einen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beratenden Änderungsantrag zum Sanierungsprogramm und einen damit verbundenen Lösungsansatz.

Frau Karger verwies abschließen auf geplante Landesförderprogramme, welche zur Sanierung der Freiflächen in Kindertageseinrichtungen genutzt werden können.

Da diese Programme jedoch noch nicht verabschiedet wurden, werden Sie in der aktuellen Planung vorerst nicht berücksichtigt.

zur Kenntnis genommen

4.2. Dringliche Informationsaufforderung - Potenzielle Gefährdung durch bauliche Maßnahmen in unmittelbarer Nähe des Pergamentkindergartens
BE: Herr Kordon, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

0921/17

Siehe TOP 2 – Änderungen zur Tagesordnung.

Die Drucksache wurde als Tischvorlage verteilt.

Auf Grund der kurzfristigen Informationsaufforderung am Sitzungstag erfolgte die Stellungnahme der Verwaltung mündlich.

Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, informierte die Ausschussmitglieder über eine durchgeführte Baustellenbegehung. Beteiligt waren Vertreter des Amtes für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung, der Bauherr, Prüfstatiker, der aufstellende Statiker sowie der Bauleiter.

Die umfassende Baustellenbesichtigung ergab:

- Baugrubensicherungsarbeiten im Bereich des Kindergartens wurden ordnungsgemäß durchgeführt und abgesichert. Die Standsicherheit des Kindergartens ist auch im weiteren Verlauf der Bauarbeiten sichergestellt.
- In den nachfolgenden Monaten kann es im Rahmen der Baumaßnahmen zu statisch unbedenklichen Erschütterungen sowie Nutzungseinschränkungen im Außenbereich kommen.

Herr Kordon informierte über den am Vortag stattgefunden Elternabend im Pergamentergarten, bei dem insbesondere über die Missstände im Rahmen der Sanierungsarbeiten diskutiert wurde.

Des Weiteren informierte er über die Anwesenheit der Elternvertreter des Pergamentergartens. Diese nahmen unter Tagesordnungspunkt 5 – Einwohnerfragestunde ebenfalls zur aktuellen Situation Stellung.

zur Kenntnis genommen

5. Einwohnerfragestunde

Folgende Einwohneranfragen lagen vor:

Elternvertretung Kita 27 "Pergamenterkindergarten"

Bezugnehmend auf die unter TOP 4.2. diskutierten Sanierungsarbeiten im Pergamenterkindergarten informierten eine Vertreterin der Elternschaft des Kindergartens sowie Herr Chmelik, als sachkundiger Bürger des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt, über den Elternabend am Vortag sowie die aktuelle Situation in der KiTa.

Die Elternvertreterin informierte ausführlich über Risse, welche an den Wänden in der Einrichtung entstanden sind sowie die augenscheinliche Lösung des Altbaus der Einrichtung vom Neubau. Weiterhin können Teile der Außenfläche, welche erst im vergangenen Jahr durch die Elternschaft aufgebaut wurde (inkl. Sandkasten) auf Grund der Baumaßnahmen nicht bespielt werden. Weiter berichtete sie über Sicherheitsmängel an dem um die Baustelle aufgestellten Bauzaun, den Einsatz der Rüttelplatte während der Mittagsruhe sowie über Konflikte in der Kommunikation zwischen Kita-Leitung, Bauherr und Elternschaft.

Herr Chmelik ergänzte, dass die Problematik der Sanierungsarbeiten im Pergamenterkindergarten neben dem Jugendhilfeausschuss auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie dem Ausschuss für Bau und Verkehr beraten wurde. Des Weiteren betonte er, dass die Elternschaft sowie die Kitaleitung eine auf Grund der Baumaßnahmen alternative Versetzung der Sandkiste ausdrücklich ablehnen, da dies aus Umweltgründen im Zusammenhang mit der im letzten Jahr neu angelegten Freifläche nicht vereinbar ist.

Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, äußerte Verständnis über die Sorgen der Eltern und erläuterte, das Fragen zur Statik und der Bausicherheit allgemein vom entsprechenden Fachamt bzw. der Bauaufsichtsbehörde geprüft und beantwortet werden. Im Hinblick auf die Konflikte zwischen Bauherren, Kitaleitung und Elternschaft bot Frau Thierbach der Elternvertretung ein Gespräch an, in welchem eine mögliche Moderatorenfunktion der Stadtverwaltung als Lösungsansatz in diesem Konflikt besprochen werden kann.

Leiterin Kita 10 "St. Marien"

In Bezug auf die Außenfläche des Kindergartens informierte die Leiterin des Domkindergartens über die aktuelle Situation. Demnach wurde die Sanierung des Außenbereichs mehrfach beantragt, jedoch zeitlich immer wieder verschoben. Reparaturen und neue Spielgeräte wurden in der Vergangenheit überwiegend durch eigene Investitionen und Elternspenden finanziert. Aktuell reichen kleinere Reparaturen im Außenbereich jedoch nicht aus, da der Boden völlig kaputt und der Fallschutz nicht mehr gewährleistet ist. Eine Grundsanierung ist zwingend erforderlich.

In diesem Zusammenhang informierte Sie über die Besichtigung des Außengeländes durch die Unfallkasse Thüringen, welche die Sperrung der Hälfte des Außengeländes im Bereich des Spielplatzes und des Naturspielbereichs zur Folge hatte. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Ministerium äußerte sie Bedenken, ob auf Grund der Reduzierung der Freifläche dauerhaft der Erhalt von 62 Betreuungsplätzen gewährleistet werden kann.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, informierte über den in diesem Zusammenhang eingereichten Änderungsantrag des Trägers der Einrichtung, welcher im Unterausschuss Kindertageseinrichtungen beraten wurde. Ein entsprechender Lösungsansatz zur Problematik wird, so Herr Möller weiter, im Rahmen der Diskussion zum Sanierungsprogramm im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorgestellt und abgestimmt.

Leiterin Kita 7 "St. Bonifatius"

Die Leiterin des Kindergartens erkundigte sich nach der geplanten Verwendung einrichtungsbetreffender Maßnahmen.

Frau Thierbach informierte, dass diesbezüglich eine konkrete Antwort erst nach Bewilligung des Haushaltes gegeben werden kann.

Ergänzend verwies Herr Möller auf die öffentliche Vorlage zum Haushalt 2017/18, in welcher auch die geplanten Maßnahmen zum Kindergarten St. Bonifatius erfasst sind.

Elternvertretung Kita 80 "Am Borntal"

Die Elternvertreter der Kita "Am Borntal" informierten über die aktuelle Personalsituation in der Einrichtung. Insbesondere Ausfälle bei Erziehern und Kita-Leitung wegen Krankheit, Schwangerschaft oder Arbeitsplatzwechsel und den Möglichkeiten des Jugendamtes, diesen Ausfällen entgegenzusteuern, um die ausreichende Betreuung der Kinder zu gewährleisten wurden, thematisiert.

Herr Peilke, Leiter des Jugendamtes, informierte über die Möglichkeiten des Jugendamtes als kommunaler Träger der Einrichtungen auf personelle Änderungen zu reagieren. Dabei ging er auf rechtliche Grundlagen im Arbeitsrecht, insbesondere im Hinblick auf die befristete Einstellung von Erziehern sowie die Grundlagen des Betreuungsschlüssels ein. Herr Peilke bot an, alle offenen Fragen in einem Gespräch mit den Eltern zu klären. Des Weiteren gab er an, die personelle Situation und die ausreichende Gewährleistung der Betreuung zu überprüfen.

Abschließend einigten sich die Ausschussmitglieder auf folgende Festlegung:

DS 1006/17	<p>Der Jugendhilfeausschuss bittet um eine Übersicht zur aktuellen Personalsituation der kommunalen Kindertageseinrichtungen unter Beachtung von personalrechtlichen Belangen. Inhaltlich sollen folgende Fragen in der Übersicht beantwortet werden:</p> <ul style="list-style-type: none">• Anzahl der Personalstellen gesamt• Anteil der nichtbesetzten Stellen• Anteil der befristeten Stellen <p>T: 17.08.2017 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend unter Hinzuziehung des Personalamtsleiters.</p>
------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. Änderung in der Besetzung des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung 0725/17
BE: Herr Uhlig, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Änderung in der Besetzung des Unterausschusses "Kinder- und Jugendförderplanung":

01

Als erstes Mitglied wird abberufen: Frau Jaqueline Rückert
Als erstes Mitglied wird berufen: Barbara Eger

02

als 1. stellvertretendes Mitglied für Frau Eger wird berufen: Herr Thomas Volland (bisher Tyll Steckelmann)

03

Als 2. stellvertretendes Mitglied für Frau Eger wird berufen: Herr Alexander Brettin (bisher Barbara Eger)

- 6.2. Änderung stellvertretendes Mitglied Unterausschusses 0746/17
Kinder- und Jugendförderplanung
BE: Vertreter staatliches Schulamt Mittelthüringen

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Für den Unterausschuss Kinder- und Jugendförderplanung wird Frau Monika Dölz (bisher Hilde Dötsch) als erstes stellvertretendes Mitglied für Herrn Ralph Leipold benannt.

- 6.3. Gründung eines zeitweiligen Unterausschusses "Hilfen 0788/17
zur Erziehung"
BE: Herr Uhlig, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde als Tischvorlage verteilt.

Der Ausschussvorsitzende informierte über die beim Sitzungsdienst eingereichte Mitgliederbenennung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Auf Grund der Stellungnahme der Verwaltung, mit der Empfehlung zur Hinzuziehung eines weiteren Mitgliedes auf Vorschlag der AG "Beratungsstellen" der Stadt Erfurt (nach § 78 SGB VIII), einigten sich die Ausschussmitglieder auf folgenden Änderungsantrag:¹

01

Es wird ein zeitweiliger Unterausschuss „Hilfen zur Erziehung“ eingesetzt. Der Unterausschuss besteht aus *10 stimmberechtigten sowie 3 beratenden Mitgliedern nach § 78 SGB VIII* bei folgender Zusammensetzung:

- a) fünf Mitglieder aus den Reihen der durch den Stadtrat gewählten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2a der Satzung des Jugendamtes,

¹ Änderungen kursiv gekennzeichnet

- b) drei Mitglieder aus den Reihen der durch die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe benannten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2b der Satzung des Jugendamtes,
- c) zwei Mitglieder aus der Verwaltung des Jugendamtes sowie
- d) je ein beratendes Mitglied auf Vorschlag der AG „Ambulante flexible Hilfen zur Erziehung“, „Stationäre Hilfen zur Erziehung“ sowie "Beratungsstellen" der Stadt Erfurt (nach § 78 SGB VIII)

02

Der Unterausschuss wird mit der Erarbeitung eines neuen Maßnahmeplanes „Hilfen zur Erziehung“ für die Stadt Erfurt beauftragt. Der neue Maßnahmeplan soll *bis zum Ende des zweiten Quartals 2018* fertiggestellt sein.

03

Der Jugendhilfeausschuss bestellt namentlich folgende Mitglieder sowie deren Stellvertretung: (siehe Anlage 1 Mitglieder des Unterausschusses Hilfen zur Erziehung)

Des Weiteren wurden folgende Mitglieder für den Unterausschuss "Hilfen zur Erziehung" benannt.

	<i>Mitglied</i>	<i>1. Stellvertreter/-in</i>	<i>2. Stellvertreter/-in</i>
<i>nach Beschlusspunkt 1a</i>			
1	Yvonne Hager		
2	Ute Karger	Peter Weise	
3	Stefan Hailer		
4	Jens Adolphs	Martin Kosny	Astrid Rothe-Beinlich
5	Stefanie Hantke		
<i>nach Beschlusspunkt 1b</i>			
6	Jens Uhlig		
7			
8			
<i>nach Beschlusspunkt 1c</i>			
9	Rene Deutschendorf		
10	Olaf Hopfgarten		
<i>nach Beschlusspunkt 1d</i>			
11	Jens Peter Konrad		
12	Mandy Blechschmidt		
13			

Herr Möller stellte die DS 0791/17 mit den genannten Änderungen zur Abstimmung

mit Änderungen beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Es wird ein zeitweiliger Unterausschuss „Hilfen zur Erziehung“ eingesetzt. Der Unterausschuss besteht aus 10 stimmberechtigten sowie 3 beratenden Mitgliedern nach SGB VIII bei folgender Zusammensetzung:

- a) fünf Mitglieder aus den Reihen der durch den Stadtrat gewählten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2a der Satzung des Jugendamtes,
- b) drei Mitglieder aus den Reihen der durch die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe benannten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2b der Satzung des Jugendamtes,
- c) zwei Mitglieder aus der Verwaltung des Jugendamtes sowie
- d) je ein beratendes Mitglied auf Vorschlag der AG „Ambulante flexible Hilfen zur Erziehung“, „Stationäre Hilfen zur Erziehung“ sowie "Beratungsstellen" der Stadt Erfurt (nach § 78 SGB VIII)

02

Der Unterausschuss wird mit der Erarbeitung eines neuen Maßnahmeplanes „Hilfen zur Erziehung“ für die Stadt Erfurt beauftragt. Der neue Maßnahmeplan soll bis zum Ende des zweiten Quartals 2018 fertiggestellt sein.

03

Der Jugendhilfeausschuss bestellt namentlich folgende Mitglieder sowie deren Stellvertretung: (siehe Anlage 1 Mitglieder des Unterausschusses Hilfen zur Erziehung)

- | | | |
|------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| 6.4. | Trägerschaft "Aufbau und Begleitung einer Beteiligungsstruktur" gemäß Kinder- und Jugendförderplan 2017 - 2021
BE: Frau Zachow, Vorsitzende des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 0791/17 |
|------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|

Die Tagesordnungspunkte 4.1. und 4.1.1. wurden gemeinsam beraten.

Herr Richter als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses und dessen erster Stellvertreter, Herr Rolfs, erklärten sich zum Tagesordnungspunkt befangen und nahmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Die Stellungnahme der Verwaltung sowie der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters (DS 0830/17) wurden als Tischvorlage verteilt.

Frau Zachow, als Vorsitzende des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung, informierte über den Beratungsverlauf und die einstimmige Bestätigung des Beschlussvorschlages im Unterausschuss.

Ein Vertreter des Schülerparlaments begrüßte den Beschlussvorschlag auf Grund der bereits gesammelten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Gründung des Schülerparlaments und hofft auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring Erfurt e.V..

Herr Möller stellte die DS 0791/17 mit dem Änderungsantrag DS 0830/17 zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 1

Beschluss

01

Mit dem Aufbau und der Begleitung einer Beteiligungsstruktur gemäß Kinder- und Jugendförderplan 2017 – 2021 wird ab dem 05.05.2017 der Träger Stadtjugendring Erfurt e.V. beauftragt.

02

Für das Angebot sind dem Träger im Jahr 2017 9.500,- EUR für Verwaltungs-, Sach- und Maßnahmekosten einschließlich Erstausrüstung zur Verfügung zu stellen.

- 6.4.1. Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0791/17 0830/17
Trägerschaft "Aufbau und Begleitung einer Beteiligungsstruktur" gemäß Kinder- und Jugendförderplan 2017 - 2021
BE: Oberbürgermeister**

Siehe TOP 6.4.

beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 2

- 6.5. **Regelung zur Umsetzung der FRLJHEF-P für die schulbezogene Jugendarbeit** 0792/17
BE: Frau Zachow, Vorsitzende des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde als Tischvorlage verteilt.

Frau Karger äußerte sich kritisch über die Entwicklung zur Umsetzung der schulbezogenen Jugendarbeit und hofft zukünftig auf eine stärkere Aktivierung dieser. Sie betonte, dass sie dem Beschlussvorschlag in dieser Form nicht zustimmen kann.

Frau Zachow, als Vorsitzende des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung, informierte, dass der Beschlussvorschlag den bereits beschlossenen Maßnahmepunkten im aktuellen Kinder- und Jugendförderplan entspricht. Die Maßnahmepunkte geben das Budget sowie die Umsetzung der schulbezogenen Jugendarbeit durch anerkannte Träger der Jugendhilfe vor. In diesem Zusammenhang erläuterte sie kurz den mit der Erarbeitung des Kinder- und Jugendförderplanes verbundenen Beratungsprozess zum Inhalt der Maßnahmepunkte. Abschließend betonte Sie, dass eine Diskussion zur finanziellen Ausstattung der schulbezogenen Jugendarbeit nur im Rahme der Entwicklung des Kinder- und Jugendförderplanes oder im Rahmen der aktuellen Haushaltsdebatten geführt werden kann.

Ergänzend fügte Herr Richter hinzu, dass der Unterausschuss sich sehr intensiv mit dem Thema schulbezogene Jugendarbeit auseinandergesetzt hat und auch mehrere Evaluationen seitens der Träger, der Schüler, des Jugendamtes etc. zur aktuellen Situation durchgeführt wurden. Er betonte, dass Schüler an der Entwicklung und Umsetzung der Angebote im Rahmen der schulbezogenen Jugendarbeit beteiligt werden sollen. In Bezug auf die zur Verfügung stehenden Mittel wurde sich an den Möglichkeiten der zum Zeitpunkt der Planung zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel orientiert. Zu den Verwaltungskostenmaßnahmen erläuterte Herr Richter, dass in der Vergangenheit Träger Maßnahmekosten im Rahmen der schulbezogenen Jugendarbeit teilweise nicht zurückerstattet bekamen.

Frau Wolf, Elternsprecherin der Regelschulen, informierte, dass die Lehrer erfahrungsgemäß sehr gute Arbeit, entsprechend der Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen leisten und diesen Interessen auch in angebotenen Arbeitsgemeinschaften folgen. Problematisch sei insbesondere der Lehrermangel an den Schulen. Sozialpädagogen allein könnten den Bedürfnissen der Schüler nicht ausreichend gerecht werden, so Frau Wolf weiter.

Herr Feutlinske erläuterte in diesem Zusammenhang den Unterschied zwischen schulbezogener Jugendarbeit und schulbezogener Jugendsozialarbeit. Angebote der schulbezogenen Jugendarbeit schließen die Bereitstellung von Angeboten seitens der Lehrer und Schulfördervereine nicht aus, werden aber in Abstimmung mit den Trägern der freien Jugendhilfe erstellt.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, ging auf die bisherige Entwicklung im Rahmen der schulbezogenen Jugendarbeit ein. Hierbei konkretisierte er insbesondere die Problematik mangelnder Beteiligung von Schülern bei der Erarbeitung von Angeboten durch Schulleitung und Lehrer sowie die notwendige Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Schulen und freien Trägern, zur Umsetzung der schulbezogenen Jugendarbeit im Sinne der Jugendhilfe.

Auf Rückfrage von Frau Karger wurde sich auf folgende Festlegung geeinigt.

DS 1007/17	Im Hinblick auf die schulbezogene Jugendarbeit bittet der Jugendhilfeausschuss um eine Übersicht der im Jahr 2017 geförderten Schulen, der Fördersummen und den dazugehörigen Trägern. T: 17.08.2017 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

beschlossen Ja 10 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Erfurt beschließt die ab 01.01.2018 geltende Regelung zur Umsetzung der FRLJHEF-P für die schulbezogene Jugendarbeit (Anlage 1).

02

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Berechnung des Budgets je Schule (Anlage 2).

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.04.2017 zur DS 0219/17 - Nachtragshaushalt 2015 - hier: Nachfragen** **0711/17**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

Es gab keine weiteren Informationen.

gez. Möller
Vorsitzender

gez. 
Schriftführerin